

Nachbarschaftsstreit

Eine zugeparkte Einfahrt und zwei beschädigte Autos

GAMPRIN-BENDERN Am Freitagabend ereignete sich in Gamprin ein Unfall, dem ein wohl bereits länger andauernder Nachbarschaftsstreit zugrunde liegt. Die Landespolizei schreibt jedenfalls in einer Medienmitteilung: «Gegen 19.20 Uhr parkierte eine Lenkerin ihren Personwagen auf einer Liegenschaft an der Eschner Strasse aufgrund nachbarschaftlicher Streitigkeiten so, dass andere Mieter nicht mehr zu ihren angemieteten Räumlichkeiten fahren konnten.» Der Lenker eines Lieferwagens, der wegen der zugeparkten Zufahrt nicht zu seiner Lagerhalle kam, habe daraufhin ebenfalls die Einfahrt zu versperren versucht. Dabei kollidierte jedoch sein Lieferwagen mit den parkierten Personwagen. «Nach einem Streitgespräch zwischen den Beteiligten verliess er die Unfallstelle, ohne sich um die Schadensregulierung zu kümmern und den Lieferwagen zur Seite zu stellen», schreibt die Landespolizei weiter. An beiden Fahrzeugen entstand demnach Sachschaden, Personen wurden aber offenbar keine verletzt. (red/pd)

«Übersehen»

Auto rammt Vespa auf der Autobahn

MELS Kurz vor 21 Uhr kam es am Samstag auf der A 13 zu einem Unfall. Wie die Kantonspolizei St. Gallen schreibt, fuhr eine 30-jährige Autofahrerin aus Richtung Sevelen kommend in Richtung Sargans. Gemäss ihren eigenen Aussagen über sah sie dabei die voranfahrende Vespa-Fahrerin, weshalb es zur Auffahrkollision kam. Die 51-jährige Vespa-Fahrerin wurde durch die Luft geschleudert und stürzte zu Boden.



Dabei habe sie sich jedoch «nur» leichte Verletzungen zugezogen. «Sie wurde durch das Ambulanzteam ins Spital gebracht», heisst es in der Mitteilung. Für die Unfallaufnahme musste die Autobahn für rund eine Stunde komplett gesperrt werden. Der Verkehr wurde in Trübbach abgeleitet. An den Fahrzeugen entstand Sachschaden in der Höhe von rund 7000 Franken. (red/pd)



Der Vorstand des Historischen Vereins zusammen mit dem Referenten (von links): Jürgen Schindler (Vorstandsmitglied, Beisitzer), Rupert Quaderer (Referent), Fabian Frommelt (Stellvertreter des Vorsitzenden), Aldina Sievers-Nutt (Vorstandsmitglied), Walter N. Marxer (Vorstandsmitglied, Kassier), Guido Wolfinger (Vereinsvorsitzender) und Cornelia Herrmann (Vorstandsmitglied, Beisitzerin) auf dem Bild fehlt Marco Bühler, Vorstandsmitglied Aktuar. (Foto: Michael Zanghellini)

Historischer Verein hielt in Planken seine Mitgliederversammlung ab

Geschichte Der Vorstand des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein lud am Samstag nach Planken ins Dreischwesternhaus zur Mitgliederversammlung. Der Vortrag von Historiker Rupert Quaderer stiess auf grosses Interesse.

VON MARLEN FRICK

Bevor der Vereinsvorsitzende Guido Wolfinger die statutarischen Geschäfte in Angriff nahm, hiess Ortsvorsteher Rainer Beck alle Besucher in seiner Gemeinde herzlich willkommen und wünschte einen guten Verlauf der Sitzung. Protokoll und Jahresbericht lagen ausführlich in schriftlicher Form auf, daher griff der Vorsitzende nur einige wichtige Punkte zu neuen Projekten auf. Anlässlich der 300-Jahr-Feier berichtet Mag. Katharina Arnegger aus Wien über die Vorgeschichte zur Erhebung beider Grafschaften zum Fürstentum Liechtenstein. Derzeit betreut der Historische Verein drei Projekte: das «Liechtensteiner Urkundenbuch», die «Edition von Dokumenten zur liechtensteinischen Auswanderung» und das Projekt «Herrschaftsstrukturen im Wandel». Der 116. Band des Jahrbuches und des Buches «Über

den Atlantik» wurden präsentiert, interessante Exkursionen und Vorträge durchgeführt. Der heutige Mitgliederstand des 1901 gegründeten Vereins, nach 13 Neueintritten und 15 Austritten beziffert sich auf 714 Personen. Kassier Walter N. Marxer erläuterte die Jahres- sowie die Projektfondsrechnung mittels Diagrammen. Revisorenbericht, Festlegung des Budgets 2018 und der Jahresbeiträge wurden ebenfalls einstimmig gutgeheissen.

Ausblicke und Diskussion

Diverse Vorträge, Buchpräsentationen, Kulturreise, Abendspaziergänge in Feldkirch und Balzers sowie die Freilegung des Ringofens bei der Schädler Keramik in Nendeln werden 2018 einem interessierten Publikum angeboten. Das derzeit aktuelle Thema «Ausstellungspraxis des Landesmuseums» wurde kontrovers diskutiert. Abschliessend bedankte sich der Vereinsvorsitzende pau-

schal bei allen, die sich für den Verein einsetzen und ihn unterstützen, und lud zum von der Gemeinde offerierten Apèro.

Strömungen der Jetztzeit

Der Historiker Rupert Quaderer, ein stets gern gehörter Referent, sprach zum Thema «Die Strömungen der Jetztzeit haben gleich der Grippe vor dem Fürstentum nicht Halt gemacht. Der Umsturz vom 7. November 1918.» Das Ende des Ersten Weltkrieges 1918 bedeutete auch für Liechtenstein, das zwar nicht unmittelbar vom Krieg betroffen war, umwälzende Veränderungen. Inflation und hohe Lebensmittelpreise sowie eine Grippe-Epidemie, die innert 3 Monaten 36 Tote innerhalb der Bevölkerung forderte, prägten das Alltagsleben. Von Frühjahr bis Herbst rumorte es stark in der politischen Landschaft. «Vertreter der jüngeren Generation erhoben Forderungen nach sowohl staats- und

sozialpolitischen als auch wirtschaftlichen Veränderungen. Liechtenstein den Liechtensteinern, hiess die Parole.» Nach den Landtagswahlen im Februar formierten sich Gruppierungen, pro und contra Rücktritt des Landesverwesers Leopold von Imhof. In der kurzfristig einberufenen Landtagssitzung vom 7. November 1918 trat Imhof zurück. Der Advokat Martin Ritter aus Mauren wurde zum Vorsitzenden des provisorischen Vollzugsausschusses ernannt. Zahlreiche Briefe und Besuche aus Liechtenstein beim Fürsten Johann II. in Wien wirkten, dass Imhof «in Gnaden seines Amtes enthoben» und Prinz Karl von Liechtenstein als neuer Landesverweser eingesetzt wurde. Die Forderung um die Erneuerung der Verfassung Liechtensteins aus dem Jahr 1862 wurde immer lauter - diese wurde am 24. Oktober 1921 durch Fürst und Landtag in Kraft gesetzt.

Bodenkonflikte: Lange im Voraus planen, ist von Vorteil

Expropriation Der Eigentumsschutz des Einzelnen ist in Liechtenstein ein hohes Gut: Dass die öffentliche Hand vom Enteignungsgesetz nur selten Gebrauch macht, ist ein starkes Zeichen dafür.

VON HANNES MATT

«Die über 100-jährige Geschichte des Gesetzes zeigt, dass es nur sehr wenig zur Anwendung kam», sagt Regierungschef-Stv. Daniel Risch auf Anfrage zum Thema. «Dies bedeutet, dass es der öffentlichen Hand in Gesprächen und Verhandlungen mit Privaten immer wieder gelingt, zu einer für beide Seiten guten und zielführenden Lösung zu kommen.» Weiter wollte er sich bezüglich Expropriation - beispielsweise zur momentanen Marschrichtung der Politik - nicht äussern.

«Wenn es um das Eigentum anderer Leute geht, ist wichtig, dass man respektvoll ins Gespräch geht.»

MARIA KAISER-EBERLE
VORSTEHERIN VON RUGGELL

Auch bei den Gemeinden steht das Gespräch an oberster Stelle, wie Ruggells Vorsteherin Maria Kaiser-Eberle auf «Volksblatt»-Nachfrage sagt. Glücklicherweise sei es in ihrer Amtszeit noch nicht zu einem Expropriationsverfahren gekommen.

Genau zuhören

Bodenkonflikte sind keinesfalls auf die leichte Schulter zu nehmen, auch Zeit sei hierbei ein wichtiger Faktor, so Kaiser-Eberle. «Die Bodenbesitzer müssen sich mit der neuen Situation gut auseinandersetzen und allenfalls die Familie einbeziehen können.» Oft gebe es auch im Hintergrund noch einiges zu erledigen. «Von Vorteil ist, wenn Bodenbesitzern vonseiten der Gemeinde verschiedene Optionen für eine Lösung aufgezeigt werden können - aber auch genau hinzuhören, was für den Bodenbesitzer wichtig ist oder welche Lösungsansätze er sieht», so Kaiser-Eberle. «Wichtig scheint mir zudem,



Möchte die öffentliche Hand ein Grundstück erwerben, ist Fingerspitzengefühl gefragt. (Symbolfoto: SSI)

dass einem als Gemeindevertreterin bewusst ist, dass es um das Eigentum anderer Leute geht und dass man als Gemeinde entsprechend respektvoll ins Gespräch geht.» Eine Expropriation könne wirklich erst die allerletzte Möglichkeit sein, wenn kein anderer Weg mehr gesehen wird. «Davor müsste nochmals überprüft werden, ob nun wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden und ob das Projekt an genau dieser Stelle wirklich so wichtig ist», betont die Ruggeller Vorsteherin.

Gespräch steht an oberster Stelle

Gerade auch bei grösseren Verkehrsprojekten sind Konflikte mit Boden-

besitzern fast nicht zu vermeiden. Die Gemeinde Schaan konnte sämtliche Bodenauslösungen, die sie für ihre Projekte brauchte, jedoch im Einvernehmen mit den Besitzern vornehmen, wie Vorsteher Daniel Hilti auf Anfrage ausführt. Hier ist anzumerken, dass beim Grosskreisel oder der angedachten Norderweiterung des Bushofs (das «Volksblatt» berichtete) die Zuständigkeit beim Land liegt. Daniel Hilti betont indes wie seine Amtskollegin: «Es braucht einfach Zeit, vernünftige Angebote und viele Gespräche. Das Gespräch steht hier an oberster Stelle!» Positive Resultate erziele man zudem nur, wenn man lange im Voraus plane - gerade was Verkehrsfragen anbelangt.

Auslösung nicht das grösste Problem

«So kann der Bau einer Strasse durchaus zwischen 20 und 30 Jahre dauern», sagt Daniel Hilti. «Aus meiner Erfahrung sind hierbei nicht die Bodenauslösungen das grösste Problem. Viel mehr Aufwand und Kon-

flikte gibt es mit anderen Verfahren, die bei einem Verkehrsprojekt durchlaufen werden müssen - beispielsweise die Umweltverträglichkeitsprüfung, Gerichte etc.» Für Verhandlungen mit Grundbesitzern bleibt also genügend Zeit, oder? Natürlich sollten Bodenfragen möglichst schon vorher abgeklärt werden, wie Hilti antwortet. Logisch: Wenn man alle Bodenbesitzer einer Strasse erst zum Schluss fragen würde, dann bleibt wohl wirklich nur die Expropriation übrig - also dann lieber die vorherige Zeit nutzen. Aber wenn sich ein Bodenbesitzer trotz aller kommunikativen Bemühungen total verweigert? «In aller Regel stehen die Projekte dann still», so Hilti. «Und es bliebe nur die Expropriation.» Solche sei aber ebenfalls ein langwieriges Verfahren, sagt der Schaaner Vorsteher. Man könne hier durchaus einmal darüber nachdenken, dieses zu vereinfachen - wenn solche Expropriationen vermehrt angewandt werden möchten.

«Eine Expropriation ist ein langwieriges Verfahren und müsste vereinfacht werden.»

DANIEL HILTI
VORSTEHER VON SCHAAN